

Kein Anschluss

Bei der Energiewende in Deutschland laufen viele Dinge noch nicht rund

BERLIN. Er liegt weit draußen vor der Insel Borkum in der Nordsee: Der Offshore-Windpark „Riffgat“ mit seinen 30 Windkraftanlagen könnte ab sofort Strom liefern und mehr als 110 000 Haushalte versorgen – eigentlich.

Die Einspeisung hätte an diesem Wochenende beginnen sollen. Das Problem: Die Netzgesellschaft Tennet schaffte es nicht, den Windpark pünktlich ans Stromnetz anzuschließen. Folge: Die Windräder auf hoher See müssen nun mit Hilfe von 22 000 Litern Diesel im Monat angetrieben, damit sie nicht bereits vor dem Start einrosteten. Und der Windpark-Betreiber erhält eine Entschädigung, die über eine Umlage von den Stromkunden getragen wird.

Windpark als Sinnbild

Der Fall „Riffgat“ – aus Sicht von Kritikern ein Sinnbild für Fehler und Planwirtschaft bei der Umsetzung der Energiewende. „Dass den Verbrauchern aufgenötigt worden ist, über eine weitere Umlage die Kosten für fehlenden Netzanschluss von Offshore-Windparks zu übernehmen, war ein schlimmer ordnungspolitischer Fehlgriff“, so Aribert Peters, Vorsitzender des Bundes der Energieverbraucher, im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

Zwei Jahre liegen die Grundsatzbeschlüsse zur Energiewende nun zurück.



Verkehrte Welt vor Borkum: Die Windräder werden nun mit Diesel angetrieben, damit sie nicht schon vor dem Start Rost ansetzen.

Foto dpa

Gut ein Jahr ist es her, dass Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und sein Kollege aus dem Umweltressort Peter Altmaier die Verordnung zur Haftung für Probleme beim Netzanschluss von Offshore-Windparks als Durchbruch für die Energiewende feierten. Inzwischen ist der Optimismus gewichen. Nicht wenige Konzerne haben ihre Offshore-Pläne auf Eis gelegt. Andere hoffen noch auf einen schnellen Anschluss ans Festnetz – vergeblich.

Schon zeichnet sich ein neuer Strompreisanstieg ab. So könnte die EEG-Umlage zur Förderung zu Jahresbeginn um etwa ein Drittel auf sieben Cent je Kilowattstunde ansteigen. Im Juni 2011 hatte Bundeskanzlerin Angela Mer-

kel noch versprochen, die Umlage solle nicht über 3,5 Cent ansteigen. Merkel setzt nun darauf, dass das System der milliarden schweren Ökostromförderung sofort nach der Bundestagswahl reformiert wird. Hintergrund: Umweltminister Altmaier war vor Beginn der Sommerpause mit seinen Plänen für eine Strompreispbremse gescheitert.

Der weiter bestehende Einspeise-Vorrang für Ökostrom führt zu nicht beabsichtigten Effekten: Konventionelle Kraftwerke drohen unrentabel zu werden, die Konzerne denken über Schließungen nach. Die Bundesnetzagentur verhandelt mit den Konzernen über Finanzhilfen, damit dringend benötigte Kapazitä-

ten am Netz gehalten werden können.

Bleibt noch das Problem mit den Altlasten der Atomenergie: Die Parteien streiten weiter über die Besetzung der Endlager-Kommission, die in den nächsten Jahren die Voraussetzungen für die Prüfung möglicher Alternativen zum bereits erkundeten Salzstock im niedersächsischen Gorleben schaffen soll. Favorit für den Posten als Kommissionschef ist derzeit der frühere Bundeswirtschaftsminister und Energiemanager Werner Müller (parteilos). Die Energiewende und ihre teuren Tücken sowie die Endlagersuche – jede Menge Herausforderungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Rasmus Buchsteiner